**Pro Flandria Manifest**

**Europa darf kein Belgien werden**

*Der Staat Belgien hat Erfahrung mit Transfers. Die Finanzausgleichen von Flandern nach Wallonien und Brüssel, die sich jährlich auf 16 Mrd. € addieren (VIVES 2012) sind eine Bedrohung für den flämischen Wohlstand. Darüber hinaus sorgen diese Transfers nicht für eine strukturelle Zunahme des Wohlstandniveaus im Süden des Landes. Die Geldströme haben wesentlich zum Verfall des Belgischen Staatenbundes beigetragen.*

*Die belgische Erfahrung sollte eine Warnung für Europa sein, vorsichtig mit jene zentral beschlossenen Maßnahmen umzugehen, die sich später als politisch schwer durchzusetzbar erweisen. Es steht zu viel auf dem Spiel. Eine Verarmung des gesamten Kontinents und eine zunehmende Frustration in bestimmten Klassen der Bevölkerung, können auch im Westen in kürzester Zeit zu revolutionären Bewegungen und im schlimmsten Falle sogar zur Gewalt führen. Es ist unsere Pflicht, dies unter allen Umständen zu vermeiden. Unabhängige Nationalstaaten haben, auf demokratische Weise, Teile ihre Souveränität an Europa übertragen, aber unter der Bedingung, dass es später u.U. einen Weg zurück gibt. Der belgische Teilstaat Flandern ist in der letzten Phase der Transition zu einem autonomen Nationsstaat. Flandern zeigt schon seit Jahrzehnten großzügige Solidarität zu seinen Nachbarn und wird dies auch gerne in Zukunft tun, aber nur auf Basis von deutlichen und verbindlichen Vereinbarungen und Bedingungen.*

**Inter-belgische Transfers**

Der belgische Staat und die Europäische Union leiden unter den Folgen der stark schwankenden Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Durch die Schuldenkrise, sind aus diesen Unterschieden nun Bruchlinien gewachsen. Pro Flandria hinterfragt die Notwendigkeit der Solidarität nicht, weil die nordischen Staaten von stabilen Handelspartnern im Süden profitiert haben und weiter profitieren werden – und umgekehrt. Solidarität muss jedoch effizient und gerecht sein. Die inter-belgischen Transfers von Flandern nach Wallonien und Brüssel, die jährlich bis zu 16 Mrdn. € betragen (VIVES 2012) sind in diesem Bereich bereits ein schlechtes Beispiel für Europa. Diese Transfers sind durch ihre Größe faktisch ungerecht. Die ineffiziente Anwendung der Gelder hat auch langfristig nicht zu strukturellen Verbesserungen der Wirtschaft im südlichen Teil des Landes geführt. Darüber hinaus ist diese belgische Transferunion eine Bremse für den flämischen Wohlstand. Somit wächst die Spannung im Herzen Europas.

Die flämischen Sorgen bleiben nicht auf belgische Solidarität beschränkt. Auf europäischer Ebene werden ebenfalls hohe Bürgschaften von uns verlangt. Flandern kann heute schon nicht länger alleine für die kränkelnde Wirtschaft Walloniens aufkommen. Wie das Land die oben genannten strukturelle Verpflichtungen gegenüber anderen Defizitländer auf europäischer Ebene noch dazu nehmen sollte, ist uns ein Rätsel.

**Nachhaltige Solidarität**

Strukturelle Defizite verlangen strukturelle Lösungen. Die übereiligen Ad-hoc-Entscheidungen, die man unter dem Druck der Euro-Krise fasst, führen vorerst zu keiner nachhaltigen Lösung. Wir hoffen, dass unsere Politiker einsehen, dass eine Transferunion ohne eine strukturelle Umgestaltung der sozio-ökonomischen und Fiskalpolitik in dem Süden nicht wünschenswert ist.

Solidarität ist notwendig, aber sie darf nicht ohne Kontrolle stattfinden. Zuschüsse und staatliche Förderungen dürfen der Eigenverantwortung des Individuums für sein Schicksal nicht entgegenwirken. Die Belgische Erfahrung hat uns einiges über die Solidaritätsfalle gelehrt. Anstatt Blankoschecks aus zu schreiben muss man versuchen das Schuldproblem strukturell zu lösen.

Der Übergang wird für alle Beteiligten nicht einfach sein - aber nur drastische Kompromisse und Disziplin werden die Europäische Familie zusammenhalten. Eine Inflationspolitik durch Geldschöpfung scheint uns keine gute Idee. Ebenfalls nicht wünschenswert ist eine Situation bei der die Nord-europäischen Staaten in der Targetfalle geraten und für hohe Summen aufkommen müssen, die nicht zurück bezahlt werden können. Da scheint es uns vernünftiger die Krisenländer zur internen Abwertung und zur gründlichen Umstrukturierung Ihrer Wirtschaft zu zwingen, damit sie die verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückfinden und gesund werden. Dabei muss nicht dogmatisch an der heutigen Eurozone festgehalten werden.

Leider hat Europa auch andere, nicht wirtschaftliche Probleme. Das demokratische Defizit der EU und die Spannungen zwischen dem Rat und der Kommission machen zu schaffen. Die Frage des Bürgers nach der Legitimität von allem, klingt stark wie nie zuvor. Verträge und nationalen Parlamente sollten in Zukunft weiterhin respektiert werden. Nur durch Effizienz in der Verwaltung und Disziplin im Budget wird man die belgischen Design-Fehler auf europäischer Ebene vermeiden können.

**Europa darf kein Belgien werden**

Die Folgen einer Belgicisiering Europas wären fatal. Geldprobleme führen bekanntlich sogar in den besten Familien zu Zwietracht. Unsere Kinder werden später die Schulden, mit der die früheren Generationen in südlichen Ländern ihren Konsum finanziert haben, zurückverlangen müssen. Aus Verwandten, Freunden und Nachbarn macht man nun Gläubiger und Schuldner. Ein schlechtes und unfaires Transfersystem führt so zu Spannungen und Streitigkeiten innerhalb der europäischen Familie. Und sollte der Euro uns allen nicht mehr Frieden bringen?

Die Art und Weise auf der man die Nord-Süd-Transfers in Belgien seit Jahrzehnten als selbstverständlich und indiskutabel betrachtet hat, hat Flamen und Wallonen weiter auseinander getrieben. Mehr noch, Belgien wird demnächst zerfallen. Dies ist eine notwendige Entwicklung zu einer effizienteren Verwaltung. Es ist das notwendige Ende einer nicht funktionierenden Föderation mit unüberwindlichen sozioökonomischen und kulturellen Unterschieden. Diese Entwicklung steht aber weiterer europäischen Integration nicht entgehen. Aus einem Zweifamilienhaus macht man zwei freistehende Villen, aber sie stehen weiterhin im selben Dorf. Die unabhängigen Staaten Flandern und Wallonien, können ohne die ineffiziente belgische Verwaltung ihre gemeinsame Zukunft auf europäischer Ebene effizienter gestalten.

Flandern ist zu groß für Belgien und Belgien zu klein für Flandern. Flandern muss Nation sein um europäischer Teilstaat zu werden.

**Über Pro Flandria**

Pro Flandria ist ein Netzwerk von Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und vielen anderen Bereichen der Gesellschaft. Pro Flandria setzt es sich zum Ziel, den künftigen Wohlstand von Flandern und den anderen europäischen Staaten zu gewährleisten. Pro Flandria will für jeden eintreten, aber vor allem für die Jugend, die die Chancen am meisten braucht. Alle europäischen Staaten müssen hier ihre eigene Verantwortung nehmen. Pro Flandria beschäftigt sich nicht mit Parteipolitik, will aber der Anti-Politik einen Halt zurufen. Dies erfordert einen uneingeschränkten und offenen Dialog mit allen Parteien und Interessengruppen. Pro Flandria sieht es als eine seiner Aufgaben in der öffentlichen Debatte über die Effizienz der Verwaltung, Nationalstaaten und der Europäischen Union deutlich Position zu nehmen. Durch unsere Veranstaltungen und Veröffentlichungen versuchen wir, solche Lösungen zu verteidigen die Effizienz und Gerechtigkeit zentral stellen. In dem vor kurzem veröffentlichten Essay-Bündel "Flandern und Europa. Grenzen und Notwendigkeit der Solidarität" (Herausgegeben von Hans Verboven) haben wir national und international bekannte Politiker, Ökonomen und Philosophen, ein Forum geboten um über die Zukunft der europäischen Integration, der Eurozone und den Zustand von Flandern zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Diskussionen bilden einen Leuchtturm für flämische Politiker, die ein starkes Flandern wollen, in einem ebenfalls starken Europa.

Contact: [www.proflandria.be](http://www.proflandria.be) - [info@proflandria.be](mailto:info@proflandria.be) 28 maart 2013